



Escherstraße 23  
30159 Hannover  
Telefon: (0511) 44 40 75  
info@dksb-nds.de  
www.dksb-nds.de

## Pressemitteilung

Hannover, 12.09.2022

### Kinderschutzbund fordert Wahlrecht ab 14

#### „Heranwachsende Generationen angemessen berücksichtigen“

Junge Menschen sollen ab einem Alter von 14 Jahren wählen dürfen. Das fordert der Kinderschutzbund Niedersachsen in seinen Positionen zur Landtagswahl. „Es wird höchste Zeit, das aktive Wahlrecht auf 14 Jahre zu senken“, sagt die Vorsitzende Daniela Rump.

„Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Wahlalter nicht zu senken. Religionsmündigkeit und Strafmündigkeit beginnen bereits ab dem 14. Lebensjahr und junge Menschen entscheiden sich zum Teil schon weit vor dem 18. Lebensjahr für einen beruflichen Lebensweg z.B. mit dem Beginn einer Berufsausbildung.“

Viele junge Menschen seien engagiert und würden sich Gedanken über Herausforderungen, die auf die Gesellschaft zukämen, machen. „Das Wahlrecht darf ihnen nicht länger verweigert werden“, so Daniela Rump. „Unsere Gesellschaft wird immer älter. Umso wichtiger ist es, heranwachsende Generationen und deren Anliegen demokratisch angemessen zu berücksichtigen.“

In den Positionen zur Landtagswahl in Niedersachsen finden sich zahlreiche weitere Vorschläge und Forderungen, um die Rechte junger Menschen zu stärken. „Kinder und Jugendliche müssen an politischen Entscheidungsprozessen insgesamt beteiligt werden“, findet Daniela Rump. Das Land sollte zum Beispiel ein ausreichendes Budget für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen zur Verfügung stellen und jungen Menschen auch auf Landesebene ausreichend Entscheidungsbefugnisse einräumen. „Zum Beispiel durch ein Kinder- und Jugendparlament auf Landesebene, dessen Beschlüsse im Landtag aufgenommen und berücksichtigt werden. Nur durch Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen und in allen Bereichen kann Kindern und Jugendlichen deutlich gemacht werden, dass ihre Meinung zählt.“

Darüber hinaus fordert der Kinderschutzbund verstärkte Anstrengungen des Landes für mehr Kinderschutz. So müssten Kinderschutzzentren und Beratungsstellen flächendeckend finanziert werden. Außerdem müssten Kinderschutzthemen in Lehrplänen von Schulen berücksichtigt werden. Ferner geht es dem Kinderschutzbund bei diesem Thema auch um Inklusionsfragen. So sollte den gesetzlich festgeschriebenen besonderen Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in der Praxis Rechnung getragen werden. „Kinder und Jugendliche mit entsprechendem Bedarf sollten unter anderem auf eine\*n Kommunikationsassistent\*in zurückgreifen können“, erläutert Daniela Rump.

*Sämtliche Positionen des Kinderschutzbundes Niedersachsen zur Landtagswahl finden sich im Internet unter (<https://www.dksb-nds.de/unsere-forderungen-an-die-niedersaechsische-kinder-und-jugendpolitik>).*

#### Kontakt:

Daniela Rump Vorsitzende vom Kinderschutzbund Niedersachsen  
Mobil: 0151/43256170  
E-Mail: [rump@dksb-nds.de](mailto:rump@dksb-nds.de)

Simon Kopelke 2.stellv. Vorsitzender vom Kinderschutzbund Niedersachsen  
Mobil: 0179/2010790  
E-Mail: [kopelke@dksb-nds.de](mailto:kopelke@dksb-nds.de)